

---

**TOP 9:**

---

**Erstes Gesetz zur Änderung des Verpackungsgesetzes**

Drucksache: 722/20

I. Zum Inhalt des Gesetzes

Mit dem Gesetz wird sogenannten Letztvertreibern, also Händlern, ein Abgabe- und Verkaufsverbot von leichten Kunststofftragetaschen an Kunden auferlegt. Vorhandene Tüten dürfen noch für sechs Monate unentgeltlich abgegeben beziehungsweise verkauft werden.

Leichte Kunststofftragetaschen sind solche, die eine Wandstärke von 15 bis maximal 50 Mikrometer, das heißt maximal 0,05 mm aufweisen. Es werden Tüten (mit oder ohne Tragegriff) erfasst, sofern sie als Verpackung genutzt, also beispielsweise für den Transport von Einkäufen verwendet werden. Betroffen vom Verbot sind Händler aller Branchen. Vom Verbot ausgeschlossen sind sogenannte Hemdchenbeutel, also solche, die als Erstverpackung für den Einkauf von losem Obst und Gemüse verwendet werden. Ebenfalls nicht betroffen sind Kunststofftragetaschen über 50 Mikrometer, weil diese in der Regel mehrfach verwendet werden.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit hat im Rahmen der Alternativendarstellung darauf hingewiesen, dass es bereits seit dem Jahr 2016 eine Vereinbarung des mit dem Handelsverband Deutschland (HDE) getroffen hat. Zuletzt haben sich hieran etwa 360 Unternehmen mit 46 000 Standorten in Deutschland beteiligt. Diese Vereinbarung habe auf der einen Seite den Verbrauch reduziert, aber nicht zu einem gänzlichen Verzicht geführt. Dies werde auch nicht effektiv über ein Entgelt gesteuert werden können. Eine weitere und signifikante Reduzierung des Pro-Kopf-Verbrauchs, der derzeit bei jährlich rund 20 Tüten pro Person liegt, könne mit einem Entgelt nicht erreicht werden. Ein Verbot führe dagegen zu einer Vermeidung und eine Verbotsverletzung könne mit einem Bußgeld geahndet werden.

Den Nutzen des Vorhabens beschreibt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit dahingehend, dass ein Verbot die Ressourceneffizienz verbessert, denn diese Tüten würden häufig nach Erstgebrauch weggeworfen. Zudem könnten Umweltbelastungen vermieden werden, insbesondere das Wegwerfen im öffentlichen Raum (sogenanntes Littering). Schließlich könnten zeitliche und monetäre Einsparungen erreicht werden. Es entfielen Bevorratungskosten, Entsorgungskosten und gegebenenfalls Lagerungskosten für die Wirtschaft.

Mit dem Regelungsvorhaben sollen zugleich Vorgaben der Richtlinie 94/92/EG, zuletzt geändert durch Richtlinie (EU) 2018/852 umgesetzt werden. Danach müssen die Mitgliedstaaten Maßnahmen treffen, um eine dauerhafte Verringerung des Verbrauchs an leichten Kunststofftragetaschen in ihrem Hoheitsgebiet zu erreichen.

## II. Zum Gang der Beratungen

Der Bundesrat hat in seiner 984. Sitzung am 20. Dezember 2019 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes mit verschiedenen Änderungsvorschlägen Stellung zu nehmen, BR-Drucksache 578/19 (Beschluss). Die Bundesregierung hat davon in ihrer Gegenäußerung (BT-Drucksache 19/16503) lediglich der Ziffer 3 zugestimmt, welche folgende Regelung zur Möglichkeit der Einziehung im Ordnungswidrigkeitenverfahren zum Inhalt hat.

Gemäß § 22 Absatz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) dürfen Gegenstände als Nebenfolge einer Ordnungswidrigkeit nur eingezogen werden, soweit das Gesetz dies ausdrücklich zulässt. Eine solche Einziehungsermächtigung ist im Verpackungsgesetz noch nicht vorhanden, aus Gründen eines effektiven Gesetzesvollzugs aber sinnvoll.

Dieses Vollzugshindernis soll durch Einfügung eines neuen § 34a in das Verpackungsgesetz behoben werden, der die Möglichkeit einer Einziehung von Gegenständen unter den Voraussetzungen der §§ 22, 23 OWiG ausdrücklich vorsieht, um verbotene Verpackungen auch vom Markt nehmen zu können.

Der Deutsche Bundestag hat aufgrund der Beschlussempfehlung und des Berichts seines Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (vgl. BT-Drucksache 19/24732) am 26. November 2020 beschlossen, den Ge-

setzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 19/16503 in geänderter Fassung anzunehmen (BR-Drucksache 722/20).

Die Änderungen durch den Bundestag beziehen sich auf den Beginn des Verbots zum 1. Januar 2021, damit ergibt sich eine Übergangsfrist von etwa zwölf Monaten von der Verkündung des Verbots bis zu seinem tatsächlichen Wirksamwerden, wodurch die Inverkehrbringer von leichten Kunststofftragetaschen noch ausreichend Zeit haben werden, um eventuell vorhandene Restbestände an leichten Kunststofftragetaschen aufzubauchen. Diese Änderung entspricht auch der Forderung des Bundesrates in Ziffer 2 seiner Stellungnahme in der BR-Drucksache 578/19 (Beschluss), welche in der Gegenäußerung der Bundesregierung abgelehnt worden war.

### III. Empfehlung des Ausschusses

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** empfiehlt dem Bundesrat, zu dem Gesetz einen Antrag auf Einberufung des Vermittlungsausschusses gemäß Artikel 77 Absatz 2 des Grundgesetzes nicht zu stellen.

